

Niederschrift
über die Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und
Beteiligungsausschusses
am 26.08.2021

Tagungsort: Konferenzraum 3 der Stadthalle Bielefeld

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:20 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen Vorsitz

CDU

Herr Henrichsmeier

Herr Kuhlmann

Herr Nettelstroth stellv. Vorsitz

Herr Bürgermeister Rüter

Frau Steinkröger

SPD

Frau Gorsler

Herr Klaus

Herr Prof. Dr. Öztürk

Frau Bürgermeisterin Schrader

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Brockerhoff

Frau Bürgermeisterin Osei

Herr Rees

FDP

Frau Wahl-Schwentker

Die Partei

Frau Oberbäumer

Bürgernahe

Frau Rammert

beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 und 8 GO NRW

LiB

Herr Gugat

beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 und 8 GO NRW

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Kaschel Dezernat 1

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus Dezernat 2

Herr Beigeordneter Moss Dezernat 4

Herr Beigeordneter Nürnberger Dezernat 5

Herr Steinmeier Presseamt /Statistikstelle

Herr Kricke Büro des Oberbürgermeisters und des Rates (Schriftführung)

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die Sitzung und merkt einleitend an, dass aufgrund der Zugangsbeschränkung auf immunisierte und getestete Personen nach § 3 Absatz 2 Nummer 7 CoronaSchVO während der gesamten Sitzung an den Plätzen weder eine Abstandspflicht noch eine Maskenpflicht bestünde. Beim Verlassen des Platzes sei die Maske jedoch wieder aufzusetzen.

Anschließend stellt Herr Oberbürgermeister Clausen den termingerechten Zugang von Einladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Zur Tagesordnung weist er darauf hin, dass nach Versand der Einladung noch eine Anfrage der FDP-Fraktion zur Einsichtnahme in Bewerbungsunterlagen Dezernat 3 eingegangen sei, die als TOP 3.1 auf die Tagesordnung gesetzt werde. Die entsprechende Antwort sei bereits im Informationssystem eingestellt. Darüber hinaus hätte die FDP-Fraktion zu TOP 4 „Besetzung Beigeordneten-Stelle Dez. 3“ sowie Herr Gugat (LiB) zu TOP 6 „1. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Bielefeld“ Änderungsanträge gestellt.

Weitere Änderungswünsche liegen nicht vor.

B e s c h l u s s:

Die Tagesordnung wird erweitert um

**Punkt 3.1 Bisherige Einsichtnahme in Bewerbungsunterlagen
Dezernat 3 - Anfrage der FDP-Fraktion**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften

**Zu Punkt 1.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die
5. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 26.05.2021**

Ohne Aussprache fasst das Gremium folgenden

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 26.05.21 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 6. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 23.06.2021**

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 23.06.21 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Sachstandsbericht zum Hochwasserschutz

Herr Oberbürgermeister Clausen teilt mit, dass die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses einen Sachstandsbericht zum Hochwasserschutz in Bielefeld geben werde. Gleichzeitig bereite die Verwaltung eine öffentliche Informationsveranstaltung vor. In dieser Veranstaltung werde die Stadt die städtischen Hochwasserschutzmaßnahmen erläutern. Bürgerinnen und Bürger könnten sich dann auch dort informieren, was sie selbst zum Schutz vor Starkregen beitragen und wie sie sich bestmöglich vor Hochwasserschäden schützen könnten.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Bisherige Einsichtnahme in Bewerbungsunterlagen Dezernat 3 (Anfrage der FDP-Fraktion)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2119/2020-2025

Text der Anfrage der FDP-Fraktion:

Frage:

Wer hat bisher Einsicht in die Bewerbungsunterlagen für die Beigeordnetenstelle des Dezernats 3 (Umwelt / Mobilität / Klimaschutz / Gesundheit) genommen?

Zusatzfrage:

Welche Mitglieder des Rates haben dies jeweils an welchen Daten getan?

(Bitte nach Ratsmitgliedern aufschlüsseln)

Antwort der Verwaltung:

Bislang hat Fraktionsgeschäftsführer und Ratsmitglied Klaus Rees Einsicht in die Unterlagen genommen.

Die Einsichtnahme entsprach der damals geübten Praxis, der vorschlagsberechtigten Fraktion Einsicht zu gewähren, den Ratsmitgliedern der anderen Fraktionen und Gruppen sowie den Einzelvertreter*innen auf Wunsch später, wenn ein*e Kandidat*in von der vorschlagsberechtigten Fraktion vorgeschlagen war, die Bewerbungsunterlagen zur Verfügung zu stellen.

Nachdem die FDP-Fraktion im Ältestenrat erläutert hatte, dass sie diese Vorgehensweise nicht akzeptiere, hat der Oberbürgermeister entschieden, über die Ausgestaltung des Stellenbesetzungsverfahrens einen Ratsbeschluss herbeizuführen, der transparent und verbindlich das Verfahren der Einsichtnahme in die Bewerbungsunterlagen und zum Vorschlagsrecht regelt (s. Drs.-Nr. 2014/2020-2025).

Herr Rees hat am 26. Mai 2021 Einsicht genommen.

-.-.-

Frau Wahl-Schwentker (FDP-Fraktion) kritisiert, dass der Oberbürgermeister auf ihre schriftliche Nachfrage im Mai 2021 nicht reagiert, gleichzeitig aber Herrn Rees offensichtlich die Einsichtnahme gewährt habe. Diese Ungleichbehandlung stelle einen Verstoß gegen das vom Oberverwaltungsgericht NRW mit Urteil vom 05.02.2002 bestätigte Recht der Ratsmitglieder dar, sich über den Kreis der Bewerberinnen und Bewerber im Vorfeld der Wahl zu informieren. Weitere Ausführungen zu diesem Thema werde sie in der anschließenden Ratssitzung machen.

Herr Oberbürgermeister Clausen betont, dass er nicht verpflichtet sei, jedes Schreiben von Fraktion zu beantworten

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4**Besetzung der Beigeordneten-Stelle Dezernat 3, Umwelt / Mobilität/ Klimaschutz/ Gesundheit**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2014/2020-2025

Text des Antrages der FDP-Fraktion:Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss beschließt:

1. *Zur Besetzung einer Dezernentenstelle wird eine Findungskommission gebildet, deren Mitglieder sich zusammensetzen aus der Oberbürgermeisterin / dem Oberbürgermeister und jeweils einem Ratsmitglied der Fraktionen im Rat. Die Findungskommission sichtet die einge-*

gangenen Bewerbungen und prüft, ob vorgegebene Kriterien erfüllt sind. Eine Übersicht dazu wird allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

2. Alle Ratsmitglieder erhalten auf Wunsch Einsicht in die Bewerbungsunterlagen der Bewerberinnen und Bewerber. Die Ratsmitglieder sind verpflichtet, Informationen aus den Bewerbungsunterlagen bis 14 Tage vor der vorgesehenen Wahl geheim zu halten.
3. Die Ratsmitglieder werden gebeten, nicht unmittelbaren Kontakt zu den Bewerberinnen und Bewerbern selbst aufzunehmen. Ein etwaiger Wunsch nach Kontaktaufnahme wird von der Oberbürgermeisterin / dem Oberbürgermeister aufgenommen und verfolgt.
4. Die Findungskommission wird gebeten, dem Rat der Stadt Bielefeld eine geeignete Kandidatin oder einen geeigneten Kandidaten vorzuschlagen. Das Recht aller Ratsmitglieder, eine Kandidatin / einen Kandidaten vorzuschlagen, bleibt unberührt. Der/die Vorschlagende übernimmt es, den anderen Fraktionen und Gruppen sowie Einzelvertreterinnen / Einzelvertretern eine Vorstellung der Kandidatin / des Kandidaten anzubieten.
5. Abgestimmt wird im Rat über den Wahlvorschlag oder die Wahlvorschläge, sobald der Wahlvorschlag der Findungskommission vorliegt.

-.-.-

Frau Wahl-Schwentker (FDP-Fraktion) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung und erklärt, dass sie weitere Ausführungen hierzu in der anschließenden Ratssitzung, in der der Antrag ebenfalls auf der Tagesordnung stünde, machen werde.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) bedankt sich für den der Vorlage beigefügten Erlass, der insbesondere im Hinblick auf den Aspekt der Vertraulichkeit sehr hilfreich sei. Insofern könne er die in der Vorlage unter Ziffer 2 aufgeführte Verpflichtung der Ratsmitglieder, Informationen aus den Bewerbungsunterlagen bis 14 Tage vor der vorgesehenen Wahl geheim zu halten, nachvollziehen und unterstützen. Die Vorlage setze die Regelungen des Erlasses um und bilde damit auch den Maßstab für künftige Stellenbesetzungen, wobei es immer ein Spannungsfeld zwischen einem transparenten Verfahren und den Informationsansprüchen der Ratsmitglieder einerseits und der Wahrung von Vertraulichkeit andererseits geben werde.

Herr Prof. Öztürk (SPD-Fraktion) schließt sich den Ausführungen von Herrn Nettelstroth an und begrüßt für seine Fraktion ausdrücklich die vorgeschlagenen Regelungen.

Nachfolgend wird der Antrag der FDP-Fraktion mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zur Vorlage fasst der Ausschuss sodann folgenden

B e s c h l u s s:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die eingegangenen Bewerbungen zu sichten und auf Erfüllen der vorgegebenen Kriterien (Bewerber*innen müssen entweder die Befähigung zum Richteramt oder zur Laufbahn des allgemeinen Verwaltungs-

dienstes im Land Nordrhein-Westfalen in der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, besitzen oder aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit die für die Wahrnehmung des Amtes notwendigen Fachkenntnisse und Fähigkeiten erworben haben) zu prüfen. Eine Übersicht dazu wird allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

2. Alle Ratsmitglieder erhalten auf Wunsch Einsicht in die Bewerbungsunterlagen der Bewerber*innen. Die Ratsmitglieder sind verpflichtet, Informationen aus den Bewerbungsunterlagen bis 14 Tage vor der vorgesehenen Wahl geheim zu halten.
3. Die Ratsmitglieder werden gebeten, nicht unmittelbaren Kontakt zu den Bewerber*innen selbst aufzunehmen. Ein etwaiger Wunsch nach Kontaktaufnahme wird vom Oberbürgermeister aufgenommen und verfolgt.
4. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird gebeten, dem Rat der Stadt Bielefeld eine*n geeignete*n Kandidat*in für das Amt der Dezernent*in – Dezernat 3, Umwelt / Mobilität/Klimaschutz / Gesundheit vorzuschlagen. Das Recht aller Ratsmitglieder, eine*n Kandidat*in vorzuschlagen, bleibt unberührt. Der/die Vorschlagende übernimmt es, den anderen Fraktionen und Gruppen sowie Einzelvertreter*innen eine Vorstellung der Kandidat*innen anzubieten.
5. Abgestimmt wird im Rat über den Wahlvorschlag oder die Wahlvorschläge, sobald der Wahlvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegt.

- bei einer Gegenstimme u. einer Enthaltung mit Mehrheit beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 5

Teilnahme am "Modellprojekt für digitale und hybride Sitzungen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2010/2020-2025

Unter Verweis auf die Vorlage teilt Herr Oberbürgermeister Clausen mit, dass das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW die Stadt Bielefeld als Teilnehmerin in diesem Modellprojekt ausgewählt habe, wobei das Land auch darauf hingewiesen habe, dass Voraussetzung für eine Teilnahme ein möglichst breiter Konsens zwischen Kommunalpolitik und Verwaltung sei.

Herr Stadtkämmerer Kaschel ergänzt, dass der Immobilienservicebetrieb die technischen Anforderungen in kleineren Sitzungsräumen bereits erfüllt habe und sich in größeren Räumen, wie z. B. dem Ratssaal, in der konkreten Umsetzung befände. Insofern seien die Voraussetzungen zur Teilnahme am Modellprojekt geschaffen worden. Über die weiteren Schritte werde die Verwaltung zu gegebener Zeit im Digitalisierungsausschuss und im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsaus-

schuss berichten.

Sodann fasst das Gremium folgenden empfehlenden

B e s c h l u s s:

Der Rat der Stadt Bielefeld beauftragt den Oberbürgermeister, die Teilnahme am „Modellprojekt für digitale und hybride Sitzungen“ zu verfolgen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

1. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1958/2020-2025

Text des Antrages von Herrn Gugat (LiB) (2192/2020-2025):

Beschlussvorschlag:

In der Anlage „Änderungen der Zuständigkeiten Digitalisierungsausschuss“ werden folgende Änderungen vorgenommen:

1.1.1 wird ergänzt um die Punkte

- *Datenschutz-Standards (z.B. "Privacy by Default" und "Privacy by Design"), ggf. unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft*
- *Datensicherheit*

1.2 Hinter dem vierten Aufzählungszeichen wird der Begriff „Umgang mit Daten“ durch „Datenschutz“ ersetzt.

-.-.-

Vor dem Hintergrund des Antrages sprechen sich die Mitglieder des Gremiums dafür aus, diesen inhaltlich zunächst mit ihren Fraktionen und Gruppen abzustimmen und die Entscheidung über Antrag und Vorlage erst in der anschließenden Ratssitzung zu treffen.

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt fest, dass der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss somit auf eine Empfehlung verzichte.

-.-.-